



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

371 (14.8.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186858](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186858)



den Gedanken nahe, ob es nicht angebracht wäre, im gegenwärtigen Zeitpunkt besondere Mittel zu sammeln, die die Durchführung dieser Aufgaben gewährleisten.

Zum Schluß der ersten Sitzung sprach Dr. Geyersdorf-Berlin über den

Gesetzentwurf über die durch ländliche Haushalte verursachten Schäden.

Der Gesetzentwurf macht den an sich durchaus erfreulichen Versuch, die auf diesem Gebiete im Deutschen Reich bestehende Rechtsunsicherheit und Rechtsungleichheit zu beseitigen. Er müßte jedoch als völlig mangelhaft bezeichnet werden. Er müßte gesparten Finanzjahren des Reiches müßte mit allem Nachdruck dagegen Einspruch erhoben werden, daß zahlreiche Erfindungen des merkantilistischen Mittelalters, insbesondere des schwerbedrückten Hausbesitzes, durch eine Gesetzgebung, wie sie in der deutschen Rechts-geschichte bisher nicht zu verzeichnen war, gezwungen werden, auf anerkannte Grundzüge des gleichen Rechts für alle und der Unverletzbarkeit wohlverworbener Rechte zu verzichten. Insbesondere be-deutet die Vorschrift, daß ein Erbschaftsprüfung nur dann besteht, wenn durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet werden ist, eine jeden billigen und sozialen Empfinden hochgradig Beschränkung und Verengung staatsbürgerlicher Rechte. Rechner widerspricht daher, daß der Gesetzentwurf in der vorgelegten Fassung überdies abgelehnt wird und erwartet, daß Reichs-regierung, Staatsausschuß und Nationalversammlung vor allem dafür sorgen, daß a) die einseitige und ungerichtete Beschrän- kung der Erbschaftsprüfung auf solche Fälle, die bei einer Zu- sammenfassung oder einem Zusammenlaufe von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen ergriffenen Ab- wehrmaßnahmen „unmittelbar“ verursacht wird, zu beschränken ist; b) die Vorschrift, wonach ein Erbschaftsprüfung nur dann besteht, wenn durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet worden ist, gestrichelt wird; c) die tatsächliche Feststellung der Erbschaftsprüfung durch die ordentlichen Gerichte im geordneten Rechtswege erfolgt, wodurch etwaige Maßnahmen auf staatsliche Ermüdungen, die die im Gesetzentwurf vorgesehenen Ausschüsse vor- aussetzlich nehmen werden, vermieden werden; d) eine Berufs- prüfung eingeführt wird, die eine Nachprüfung der tatsächlichen Fest- stellung ermöglicht, e) die Geltendmachung von Erbschaftsprüfung auf Grund anderer, zuzugleich bestehender Vorschriften der Reichs- und Landesgesetzgebung durch das neue Gesetz grundsätzlich nicht be- trachtet wird, die dadurch entstehende finanzielle Mehrbelastung der öffentlichen Gewalt aber gleichmäßig auf Reich, Staat und Ge- meinde verteilt wird.

In der zweiten und letzten Hauptversammlung wendete sich der Deutsche Hausbesitzer einer eingehenden Besprechung der Vorträge zu. Darauf wurden die von Prof. Lehler-Sena vorgelegten Beschlüsse unanheimlich angenommen; ebenso die Beschlüsse der anderen drei Vorträge mit einigen unbedeutenden Änderungen bzw. unanheimlich. Es wurde sodann bis durch den Vorstand vor- genommene Wahl des Vizepräsidenten Dr. Baumert-Spandau zum Verhandlungspräsidenten bekräftigt. Damit erreichte die Tagung ihr Ende.

Das Heimstättengesetz.

Wie den Kreisen der diesigen Bodenreformer wird aus ge-

heißt: Wie aus der Einleitung in der Dienstag-Mittwoch-Nummer des geschätzten Blattes hervorgeht, findet der Entwurf des Herrn Reg.-Rat Dr. Kämpfmeier in den Hausbesitzkreisen lebhaften Widerstand. Es seien gegenüber der Darstellung folgende ganz grundsätzliche Erwägungen festzuhalten:

Die Wohnungsreformer sind der Ansicht, daß der private Bauunternehmer aus einer Reihe von Gründen in absehbarer Zeit in erheblicher Weise nicht bauen wird, daß wir dann also die unbilligen Zustände vorerst erhalten werden, um so mehr, da auch schon vor dem Kriege der private Unternehmer den Bedarf an Kleinwohnungen auch nicht annähernd gedeckt hat. Es ist somit ein öffentlich-rechtliches Einwirken, um Neubauten zu erhalten, absolute Pflicht. Dabei sind die Schlagworte, wie „sanftmütig“ oder „kommunizitätlich“, die gegenüber Kampfmeyer mit Vorliebe angewandt werden, unangebracht und der Sache der Hausbesitzer, da sie damit Unbilligkeit schreien wollen, kaum erforderlich. Ohne Einschreiten der öffentlichen Gewalt erhalten wir keine fühlbare Entspannung der Wohnnotlage.

Dann wird weiterhin mit dem drohenden „Sozialistenheer“ ge- wisst, zu machen versucht. Alle diese Behauptungen sind Propaganda- sungen und somit in erster Linie Propaganda. Wenn zur überwindbaren Unterstützung auf die Kommunalverbände hingewiesen wird, so schlägt dieses Beispiel gerade den Beweisführer, denn er wird wissen, daß ohne öffentliche Bewirtschaftung wir längst prästen- tils an Hunger zu Grunde gegangen wären. Das Beispiel Oester- reichs, wo stielich im freien Handel erhältlich war, wo aber nur Millionäre sich Fleisch leisten konnten, spricht zur Genüge, ebenso war es mit fast allen andern im freien Handel er- hältlichen Dingen. Man sollte die Binsenwahrheit, daß ohne öffent- liche Bewirtschaftung und Eingreifen der öffentlichen Macht die Existenz der Bevölkerung nicht sichergestellt werden kann, nicht durch die Tätigkeit der absolut notwendigen Kommunalverbände in erster Linie Diskussion geseuchen. Das wie bei allen Einrichtungen ein- zelnige Wohlfühlende vorgekommen sind, kann am richtigen Grundfach doch nichts ändern. Also auch das angebotene „Sozialistenheer“ kann nicht ver- jagen.

Die Hausbesitzer haben bisher immer zur Begründung der Re- klamationen auf die allgemein gestiegenen Verwaltungs- und Re- paraturkosten hingewiesen, das war ganz richtig. Gerade diese erhöhten Kosten bewiesen sie nach dem Entwurf für unbillig nicht mehr zu tragen, ebensowenig das Risiko für Wertverluste. Es kommt also der bisher geltend gemachte Grund für Erleichterungen völlig in Weg- fall. Daß man eine erhöhte Rente als Garantie für erhöhte Ein- nahmen für sich haben will, das kann als gerecht nicht anerkannt werden. Nur der Verlust der Mieter in Form erhöhter Rente für sich erhöhte Privat-Einnahmen zu ziehen, erscheint ungerecht. Wir müssen alle abgeben und nicht eine unerträgliche Schraube ohne Ende anziehen. Die Hausbesitzerkreise machen ihre Interessen sehr gewandt geltend. Das ist ihr gutes Recht. Die andern Kreise sollten ein- kräftig dagegen nehmen. Wenn aber in letzter Zeit Formulare ver- langt werden, in denen mit Abstellen des Wassers gedroht wird, über die rechtmäßigen vom Mietzinsamt herabgeleiteten Mieten nur als „Lohnleistungen“ qualifiziert werden, so sind das Dinge, die uns trotzdem grenzen und den besten Willen, das Heimstättenrecht in der vorgelegten oder geänderten Form zum geltenden Recht zu erhalten, nur fürchten müssen.

Baden.

Besprechungen mit dem badischen Lokomotivbeamtenverein.

Karlsruhe, 14. August. (Priv.-Tel.) Wie die „Karlsruh. Zeitung“ amtlich mitteilt, fand am 7. August bei der Generaldirektion der Eisenbahnen unter dem Vorsitz des Generaldirektors Staatsrat Schwab mit Vertretern des badischen Lokomotivbeamten-Vereins aus dem ganzen Lande eine Besprechung statt, in der verschiedene An- sichten des Standes der Lokomotivführer und Lokomotivbelegs ein- gehend erörtert wurden. Zur Sprache kam u. a. die Schaffung neuer Lokomotiv-Einstellplätze. Die Generaldirektion sagte zu, ein weitestgehendes Entgegenkommen bei Aufstellung des Staatsbudgets für das Jahr 1919/20 zu betonen. Die Bestimmungen über die Aufwandsberechnungen des Fahrpersonals sollen ebenfalls besonderer Berücksichtigung mit dem Vertreter des be- zogenen Berufsstandes finden. Ebenso wird die Frage der Nachrück- zahlungen ernst erörtert und behandelt werden. Wegen der Ein- richtung der von den Reichseisenbahnen übernommenen eisenbahni- stischen Lokomotivbeamten finden in den nächsten Tagen Be- sprechungen mit unter Teilnahme der badischen und eisenbahni- stischen Lokomotivbeamten. Die aus dem bevorstehenden Uebertrag der badischen Eisenbahnen an das Reich sich ergebenden Personal- fragen werden mit dem Beamten- und Arbeitervereinsleitungen so frühzeitig besprochen werden, daß der Einfluß der Organisationen sichergestellt wird.

Letzte Meldungen.

Zur Verhinderung der Kapitalauswanderung.

Wannheim, 14. Aug. (Von unj. Bertr.) Die von dem Reichsfinanzminister angefügten Schritte zur Verhinderung der Kapitalauswanderung in den Ausland werden ihre Grundlage in einem Gesetz finden, das den

Zechnersauschuß augenblicklich beschäftigt. Es wurde ihm ein neuer Paragraph eingefügt, der den Reichsfinanzminister ermächtigt, durch Verordnung alle Maßnahmen zur Steuer- lichen Erfassung geschädigter oder veräußerter Vermögen zu treffen, insbesondere auch den Anruf und die Einziehung der umlaufenden Banknoten und Forderungsausweisungen zum Zwecke des Umtausches anzuordnen und zu überhandeln mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark und mit Gefängnis bis zu 2 Jahren sowie mit der Verfallsverjährung des verheim- lichten Vermögens zu Gunsten des Reiches zu bedrohen. Der Finanzminister soll weiter ermächtigt werden, im Einver- nehmen mit dem Reichswirtschaftsminister durch Verordnung Vorschriften für den Geschäftsbetrieb der Banken zu erlassen und Banken, die der Innehaltung der Vorschriften nicht nach- kommen, den Geschäftsbetrieb zu unterlegen. Die Durch- führung der auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Ver- ordnungen soll von der Zuständigkeit eines von dem Reichs- tag zu wählenden parlamentarischen Ausschusses abhängig gemacht werden. Der Ausschuß beschließt sich dann nach mit der Reichsabgabensordnung; Beschlüsse wurden dabei noch nicht gefaßt. Man behandelte weiterhin eingehend den grund- legenden Paragraphen 8, der die Reichssteuerverwaltung vor- sieht.

Schiffe auf dem Weimarer Schloß.

Wannheim, 14. Aug. (Von unj. Bertr.) In der vergangenen Nacht wurde auf dem Schloß in Weimar, in dem die Rege- rungsmitglieder ihren Wohnsitz genommen haben, mehrere Schiffe abgefeuert. Es war die Woche unter Beobachtung stehen, vor der Schiffe verschwanden. Es wird angenommen, daß es sich um einen Betrunkenen gehandelt hat, der kurz zuvor mit einem Posten in einen Wortwechsel geraten war. Die Nachforschungen nach diesem blieben bisher ergebnislos.

Einbruch in das deutsch-österreichische Konsulat in Berlin.

Berlin, 14. August. (Von unserem Berliner Büro.) Bei einem Einbruch in das deutsch-österreichische Kon- sulat in Berlin ist, wie wir erfahren, der tschechische Emisär Barjos von der Polizei erriopt und mit einem Komplizen verhaftet worden. In die Angelegenheit ist das tschechische Konsulat verwickelt, dessen Leiter Hurka von den tschechischen Botschaftskenntnis hatte.

Die B. J. erhält über den unerhörten Vorgang folgenden Bericht: Vor einigen Wochen ist in die Räume der ehemaligen österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Berlin, Kron- prinzenufer 14, eine Vertretung der tschecho-slowakischen Re- publik mit dem Prokurator Rechtsanwalt Dr. Körner an der Spitze, eingezogen. Der Vertretung ist ein tschecho-slowakisches Konsulat angegliedert worden, das von einem Herrn Hurka geleitet wird. Selbster ist die Zentrale der tschechischen Spionage in Deutschland offenbar nach Berlin, Kron- prinzenufer 14 verlegt worden. Dort gehen Agenten des tschechischen Spionagedienstes ein und aus. Dort ist auch der Plan entworfen worden, in das deutsch-österreichische Kon- sulat einzufragen, um sich der in dem Büro vermuteten ge- heimten Aktenstücke zu bemächtigen.

Nach den amtlichen Feststellungen hat der tschechische Emisär Barjos es unternommen, zunächst eine „unterirdische“ Verbindung mit dem deutsch-österreichischen Konsulat herzu- stellen. Das gelang ihm auch. Im Laufe von verschiedenen geheimen Unterredungen, die er mit einem Angestellten des Konsulates hatte, erlangte er — natürlich nicht ohne Zu- sicherung von Gegenseitigen — genaue Auskünfte über eine Reihe von Angelegenheiten, die im Zusammenhange mit der deutsch-böhmischen Frage die tschechen interessierte. Ferner mündliche er Auslieferung aller Naturalisationsakten und eine Abschrift der gesamten Korrespondenz des Konsulates und anderer wichtiger Schriftstücke, wennmöglich im Original. Alle Nachrichten für ihn sollten dem Diener des tschecho-slowa- kischen Konsulates Keisel in einem veriegelten Kuvert über- geben werden. Da aber die geforderten Schriftstücke immer wieder nicht kamen, schlug Barjos eines Tages vor, gemein- sam heimlich in das Konsulat einzudringen, das Aktenmaterial an Ort und Stelle zu suchen und das Wichtigste mitzunehmen. Die erhoffte Beute sollte von einem Sonderkurier, den man aus Prag kommen lassen wollte, über die Grenze geschafft werden.

In die Büros des Konsulates gelangten die Eindrehler auf normale Weise. Barjos, der sich vergeblich bemüht hatte, mit Dietrich einen Schlüssel des Konsulates zu öffnen, gelang es, einen Schrank zu erbrechen, dessen Inhalt er eine Reihe von Akten, die ihm wichtig erschienen, entnahm.

Die Tage im Kaiserhof.

Berlin, 14. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Neben der Sage im Kaiserhof ist zu vermelden, daß die Besserung der Lage anhält, wennschon keineswegs von einem sofortigen Erd- beben des Streiks gesprochen werden kann. Gestern Nachmittag waren noch rund 2200 Mann im Ausland. Auf den meisten Gruben ist jedoch die Arbeit wieder aufgenommen worden. Es sind bisher keinerlei Unruhen gemeldet. Die Arbeitsaufnahme vollzieht sich planmäßig und ohne Störung leitens der noch Streikenden. Es ist zu erwarten, daß in einigen Tagen wieder überall gearbeitet wird.

Verstärkung der Streiklage in Oberschlesien.

Berlin, 14. August. (Von unserem Berliner Büro.) Die Streiklage in Oberschlesien hat sich wesentlich ver- schlechert. Zu den bisher im Ausnahme befindlichen Gruben sind heute eine Reihe andere hinzugegetreten, sodaß außer den Werken des Hülsholmer und Agnitzer Reviers nun fast sämtliche Gruben, also 85—90 Prozent der ober-schlesischen Betriebe sich im Ausnahme befinden.

Zur Abfertigung der Hülsholmer Reviers.

Verfahren, 14. Aug. (W.Z.) Heute fand zwischen den Rege- rungsvertretern und Hülsholmerrevierleitenden und den Entente- vertretern eine Besprechung über die Abfertigung der Hülshol- mer Reviers statt. Deutscherseits wurde das Angebot gemacht, ein Viertel der nach dem Friedensvertrag abzuleistenden Kohlen- menge innerhalb der vorgeschriebenen 60 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zu übergeben und drei Viertel der abzuleistenden Kohlenmenge nach den Wünschen der Entente auf deutschen Werken neu zu bauen. Dieser Vorschlag hat für Deutschland den Vorteil, daß unsere Fischer keine Unterbrechungen zu erleiden brauchen und Mittel der Entente den Vorteil, statt Äterer für sie unbrauchbarer Kohlen moderner, nach eigenen Angaben gebaut zu erhalten.

Der Vertreter Frankreichs sprach, ob Deutschland damit ein- verstanden sei, daß die neu zu bauenden Schiffe insoweit als Dampf gebaut werden könnten. Der deutsche Vertreter sagte dies zu. Die Ententevertreter erbot sich schriftliche Übermittlung der deutschen Vorschläge.

Die Finanzierung der Lebensmittellieferungen für Oesterreich.

Amsterdam, 14. August. (Wiedung der Telegraphen-Kompagnie.) Neuer meldet aus London, daß der englische Schatzminister Chamberlain am Dienstag im Unterhaus über die Finanzierung der für Deutsch-Oesterreich bestimmten Lebensmittel- lieferungen eine Erklärung abgegeben hat, aus der hervorgeht, daß die Lebensmittellieferungen nur gegen Unterpfand erfolgen. Die Willkür haben sich für die Verbringung Deutsch-Oesterreichs die erste Hypothek auf alle staatslichen und kommunalen Einnahmen, die Hin- terlegung aller Goldvorräte der früheren österreichisch-ungarischen Bank, sowie die Auslieferung aller in österreichischen Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere gefordert. Das für die Lebens- mittellieferungen hinterlegte Gold sowie die Wertpapiere bleiben Eigentum Deutsch-Oesterreichs bis zur Besetzung der Kohlen- und Nahrungsmittele.

Staatsministerien in Island.

Amsterdam, 14. August. (Wiedung der Telegraphen-Kompagnie.) In verschiedenen Teilen Islands, besonders in der Gegend von Reykjavik, haben neue Unruhen stattgefunden, die von der englischen Besatzung als Unzufriedenheit angesehen werden. Die Regierung ist über die Unruhen außerst besorgt. Die getroffenen Maßnahmen erwiesen sich als unzureichend, die Polizei kann allein der Unruhen nicht Herr werden. Die Regierung hat beschlossen, rüchrichtlos vorzugehen. Über die Gegend von Reykjavik ist der Belagerungsstand verhängt worden.

Lein mit den Neuseeländern verhandelt.

Berlin, 14. August. (Wiedung der Telegraphen-Kompagnie.) Aus Helsingfors wird gemeldet, daß Lein für eine Verständigung mit den Neuseeländern eintritt, da der rüchrichtlose Kurs des Bolschewismus sich nicht länger aufrecht erhalten läßt.

Internationale Arbeitskonferenz in Washington.

Paris, 13. Aug. (Eigener Bericht, indirekt.) Durch die Vermittlung der amerikanischen Botschafter und Gesandten in den verschiedenen Ländern setzte Präsident Wilson am 20. September nach Washington die internationale Arbeiterkonferenz ein. Diese Einladung ist an alle Länder gerichtet und erfolgt im Einvernehmen mit der internationalen Arbeiterorganisation, wie sie im Friedensvertrag festgelegt ist.

Keine Ueberführung von Werksachen des ehemaligen Königs von Sachsen nach Schweden.

Kopenhagen, 14. August. (W.Z.) Aus Stockholm wird gemeldet, das Johann habe aus Anlaß der Ueberführung von Werksachen nach Schweden durch ein Flugzeug dem „Soenska Telegrafbyrån“ mitgeteilt, daß die Werksachen, wenn es sich bestätigen sollte, daß Waren schmuggel vorliegt, beschlagnahmt und die betreffenden Personen zu Gefängnis habe man keinen Grund, die Erklärung der Deutschen zu be- zweifeln, sie hätten nicht gewußt, daß für Werksachen in Schweden ein Einfuhrzoll bezahlt werden müßte. Die Fälle der beiden Deutschen waren vollkommen in Ordnung; der eine lautete auf den Namen Gräfin Anna Solms-Wildenfels in Sachsen, der zweite auf den Namen Ingenieur Dr. Karl von Stock- hausen-Waldenburg (Sachsen).

Leipzig, 14. August. (Von der Privat-Vermögens- Verwaltung des Königs von Sachsen, die sich nach in Dresden befindet, und die sich über die Verwaltung aller Vermögensgegenstände des Königs erstreckt, wird einem Vertreter der „Leipz. R. Nachr.“ mitgeteilt, daß ihr von einem Abgang irgendwelcher Vermögensgegenstände nicht das geringste bekannt ist. Nach den Angaben der Meldung der „Berliner Tage- blatt“ muß es sich um ganz erhebliche Vermögensbestandteile gehan- delt haben, deren Versteigerung ohne die Dresdener Privat- Vermögens-Verwaltung einfach unmöglich gewesen wäre. Man bezeichnet die Meldung des tschechischen Blattes als Verleumdung. Wie den „Leipz. R. Nachr.“ auf Anfrage von dem Generalbevollmächtigten des Königs, Justizrat Dr. Elbes, mit- geteilt wird, hat weder der König Friedrich August noch eines der Mitglieder der königlichen Familie irgendwelche Verbindung mit dem Prinzen Kied unterhalten.

Berlin, 14. Aug. (Von unj. Bertr.) Wie die B. J. K. erfahren, werden als Vertreter der Saarbesetzung für den Kaiserhof, der die Regierung des neuen Saarlandes be- reitet, folgende Persönlichkeiten genannt: 1. Hofier, Besitzer der „Saarbrücker Zeitung“ (Diese Kandidatur wird von der gesamten öffentlichen Meinung abgelehnt), 2. Justizrat Paul (Diese Kan- didatur wird vom Zentrum besonders abgelehnt), 3. August Klein (der augenblickliche konsularische Botschafter in Saar- brücken; die Arbeiterchaft und der Mittelstand sind gegen ihn), 4. G. v. Sod, Wirtschaftler der bekannten Reichs- und Provinz-Verwaltung, 5. Koch (Kocher soll abgelehnt und auf den Sozialdemokraten Weg von Sopenius & Co. verwiesen haben), 6. Kommerzienrat Deem, 7. Böhmig (dem Vernehmen nach die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Saargebietes und saarländischer Geist nachzuerklären wird).

Letzte Handels-Nachrichten.

Frankfurter Wertpapierbörsen.

Frankfurt, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Der heutige Börsenverkehr nahm einen äußerst ruhigen und leichten Verlauf. Die ge- schäftliche Tätigkeit blieb gering und größeres Kursveränderungen traten nur in den Aktien der Petroleumwerke zum Vorschein. Infolge stärkerer Abgabeneigung stellten sich Steuerausgaben bei Petro- lium auf 443 niedriger und gaben weiter nach. Auch deutsche Petro- lium anfänglich 200, verloren aber im Verlauf noch einige Prozent. Kriegerleihe lagen in Absetztheit der Markvaluta gerückt, 78% bis 80%. Auch sonstige heimische Anleihen zum Teil niedriger, darunter 3 und 4% Reich- und preussische Anleihen.

Im Montanalleenmarkt waren ebenfalls Kursab- schwächungen vorübergehend. Von Bahnen hielten sich Canaba 7 Prozent niedriger. Österreichische Werte waren vorwiegend abge- schwächt. Markwerte Höchst verloren 3 Prozent. Von Elektroaktien blieben Deutsch-Liebersee fest. Im Markt der mit Einheitsaktien notierten Papierer blieb die Geschäftstätigkeit fest. Im Angebot han- delte Holzverordnungen, Waldschneiderei Baden.

Am Schluß war die Haltung der Anlagewerte etwas erholt. Pfandbriefe begegneten etwas besserer Aufnahme. Der Kupfer- markt bewahrte seine feste Haltung. Steuerausgaben zwischen 443—435, Deutsche Petroleum 202—200, Canaba 432. Privat- bilanz 3% Prozent.

Berliner Wertpapierbörsen.

Berlin, 14. Aug. Zusammenhängend mit der sich fortsetzenden Entwertung der Arabas und den ungünstigen Streik- nachrichten aus Oberschlesien war die Börse bei harter Geschäftslage recht verstimmt. Kriegerleihe, Sparbriefe und alte heimische Anleihen waren erneut niedriger. Weitere nachricht 78.70. Oesterreichische und ungarische Renten geschäftslos. Montanwerte waren bei unbedeutendem Kursrückgang 1—4 Proz. rück- gegangen, später jedoch teilweise leicht erholt. Schiffbauaktien waren fest, aber widerstandsfähiger. In Valutapapieren traten be- sonders in Canada, Brasilien und Petroliumaktien starke Kurs- rückgänge ein. Auch Orientbahn und Türkische Tabakaktien waren erheblich nachgebend. Die übrigen Marktgebiete waren geschäfts- los und überwiegend schwächer. Die Börse behielt weiterhin das Gepräge ausgeprägter Unsicherheit und Verstim- mung bei, was auch mit den neuen Maßnahmen gegen die Kapita- lfluchtswanderung in Zusammenhang gebracht wird.

Berlin, 14. August. (Devisenmarkt.)

Table with exchange rates for various locations including Constantinople, Holland, Denmark, Sweden, Norway, Switzerland, Austria-Hungary, and Hungary. Columns include Gold and Brief rates.

Förderung der Braunkohlenverwertung. Im Reichswirt- schaftsrat werden Beratungen getroffen, um größere Mengen Braunkohle zu fördern. Man will die Inanspruchnahme stützender Lager und Aushubstellen durch behördliche Förderung der Ver- wertung stützender Lagerstätten und Betriebsstoffe ganz beschle- unigen. Bei der Aufschneidung sollen Verhandlungen an die Richtung schneller Aufzuchtgeleistung beginnen.



